Corona verändert das Fördergeschäft

Um eine tiefe Rezession infolge der Covid-19-Pandemie abzuwenden, hat Deutschland das größte Hilfsprogramm in seiner Geschichte aufgelegt. Die kreditnehmerseitigen Risiken nehmen jedoch zu. Nun ist die Zeit, sich beim Fördergeschäft auf zukunftssträchtige Branchen zu fokussieren.

Carmen Mausbach

Mit Stand vom 7. September 2021 hat die Bundesregierung 119,1 Milliarden Euro an Corona-Hilfsgeldern gewährt. Laut Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) entfiel davon knapp die Hälfte auf KfW-Kredite von rund

53,3 Milliarden Euro. Dieser Betrag wurde mithilfe der jeweiligen Hausbanken an die Unternehmen ausgezahlt. Die bewilligten Zuschüsse aus Sofort-, Überbrückungs-, Neustart- sowie November- und Dezemberhilfen summierten sich auf etwa 51,7 Milliarden Euro. Durch Rekapitalisierungen im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds und Bürgschaften standen den Unternehmen weitere 14,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Bei den Rekapitalisierungen handelt es sich um überwiegend stille Beteiligungen mit und ohne Wandlungsrecht sowie Nachrangdarlehen.

Die staatlichen Förderprogramme stehen grundsätzlich allen Unternehmen offen, die die spezifischen Förderziele erfüllen. Dennoch gibt es laut BMWi Ausnahmen: So können sich aus dem jeweiligen Förderzweck Einschränkungen für die Förderfähigkeit ergeben. Beispielsweise werden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regiona-

Kompakt

- Auf die KfW und die weiteren Förderbanken kommen auch nach Corona viele Aufgaben zu.
- Neben Zukunftstechnologien stehen Nachhaltigkeit und Digitalisierung im Fokus der Förderpolitik.
- Gerade in Krisen finden Marktberaumigungsprozesse statt. Unternehmen, die dabei nicht mitziehen, werden diese kaum überstehen.

len Wirtschaftsstruktur“ ausschließlich Investitionsvorhaben in den von der Europäischen Union (EU) definierten Gebieten gefördert. Außerdem können allgemeine beihilferechtliche Regelungen, insbesondere solche der EU, dazu führen, dass die Förderung bestimmter Branchen und Wirtschaftszweige ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.

Corona-Hilfen brechen Rekorde

Die hohe Nachfrage hiesiger Unternehmen nach Krediten und die Beauftragung der deutschen Förderbanken, die zahlreichen Corona-Hilfsprogramme umzusetzen, bedeutete für die beteiligten Institute ein lukratives Mehrgeschäft. Allein die KfW leitete 2020 eine Rekordsumme von 135,3 Milliarden Euro durch, ein Plus von 75 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie machten mit einem Volumen von 50,9 Milliarden Euro oder 38 Prozent erwartungsgemäß den Löwenanteil des Geschäfts der staatlichen Förderbank aus. Auf besonders großen Zuspruch stieß das KfW-Sonderprogramm, das am 24. März 2020 startete und Liquiditätshilfen für Corona-geschädigte Unternehmen in Deutschland vorsieht. Bis 31. Dezember 2020 wurden davon insgesamt 102.774 Kredite mit 44.070,6 Millionen Euro Gesamtvolumen zugesagt. Die Darlehen wurden mit 26 Prozent vor allem aus dem verarbeitenden Gewerbe, dem Handel mit rund 18 Prozent und dem Gastgewerbe mit sieben Prozent in Anspruch genommen. Zum Vergleich: Die Ölkrise 1981 verschlang 1,74 Milliarden Euro Hilfgelder. Für die Finanzkrise wurden von 2009 bis 2011 insgesamt 14 Milliarden Euro bereitgestellt. Und der Aufbau Ost schlug mit 82,5 Milliarden Euro in einem Zeitraum von zehn Jahren zu Buche.

Auch in diesem Jahr dürfte das Geschäft für die KfW und die anderen Förderbanken gut laufen. Ein Ende der Corona-Krise ist nicht in Sicht, auch wenn sich die Lage angesichts flächendeckender Impfangebote weiter entspannt. Die Bundesregierung hat das KfW-Sonderprogramm noch bis zum 31. Dezember 2021 verlängert. Auch die EU-Kommission gab grünes Licht für eine Verlängerung des befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie bis Jahresende.

Dennoch steht das Fördergeschäft hierzulande vor großen Herausforderungen. Zwar haben sich die Förderbanken in der Corona-Pandemie als Krisenhelfer erwiesen. Erkauft wurde dies allerdings mit einer hohen Haftungsfreistellung im Rahmen des KfW-Sonderprogramms, was den Antragsprozess enorm beschleunigt hat. Beim KfW-Unternehmerkredit und dem ERP-Gründerkredit universell haftet der Staat je nach Größe des Unternehmens entweder zu 80 Prozent oder zu 90 Prozent. Bei der durchleitenden Hausbank verbleibt so ein geringes Ausfallrisiko von zehn bis 20 Prozent. Beim KfW-Schnellkredit übernimmt der Staat das volle Risiko für das Darlehen, so dass Kredite ohne eingehende Risikoprüfung und Zukunftsprognose durch das beteiligte Geldhaus beziehungsweise bei der KfW sowie ohne die Stellung von Sicherheiten verteilt werden können.

Die Sorge, dass Unternehmen mit veralteten Geschäftsmodellen in Zahlungsschwierigkeiten geraten, ist daher durchaus berechtigt. Einige Experten prophezeien bereits, dass es zu einer verstärkten Pleitewelle in Deutschland kommen könnte. Schuld daran sei die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis Ende April 2021, wodurch insolvenzreife beziehungsweise nicht überlebensfähige Unternehmen

Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland

Quelle: Eigene Recherche

Ausgereichte Förderkredite in Deutschland

Bewilligungen und *Auszahlungen in Milliarden Euro

KfW-Hilfen

Zuschüsse*

Rekapitalisierungen

Bürgschaften/Garantien

Summe 119,1 Mrd. Euro

Quelle: Eigene Recherche, Stand: 7. September 2021

künstlich am Leben gehalten worden seien. Zugleich wirkte die Corona-Pandemie wie ein Katalysator, der nicht mehr tragfähige Geschäftsmodelle schonungslos offenlege. Bereits vor Ausbruch der Corona-Krise hatte die Beratungsgesellschaft CIC Consultingpartner in einem im Dezember 2018 durchgeführten und mit Stand vom Januar 2019 ausgewerteten Expertendialog den Restrukturisierungsmarkt analysiert. Als krisenanfällig wurden die Automobil- und Zulieferindustrie sowie der Einzelhandel identifiziert.

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt auch die KfW. Sie sieht insbesondere Firmen mit einer bereits vor dem Ausbruch der Virus-Pandemie schwachen Bonität sowie kleine Betriebe als krisengefährdet an. Eine höhere Resilienz stellt sie hingegen fest, wenn die Bonitätseinstufung auf ausgeprägte Managementfähigkeiten hinweise, sowie bei Unternehmen, die bereits Innovations- und Digitalisierungsprojekte durchgeführt hätten.

Prognosen lassen hoffen

Ob die deutschen Unternehmen tatsächlich eine Pleitewelle treffen wird, hängt letztendlich von einer funktionierenden Wirtschaft hierzulande und den Konjunkturaussichten ab (siehe Grafik Seite 29). Dank zunehmender Aufholeffekte erwartet etwa die Deutsche Bundesbank per Ende 2021 ein höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) als im Dezember 2020. Laut ihren Projektionen wird die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr um 3,7 Prozent und im kommenden Jahr um 5,2 Prozent wachsen. 2023 gehe allerdings Dynamik verloren, es wird mit einem BIP-Plus von 1,7 Prozent gerechnet.

Zu den Risikofaktoren, die hiesigen Unternehmen einen Strich durch die Rechnung machen könnten, zählen vor allem die temporären Schließungen chinesischer Häfen und die unter anderem daraus folgenden Lieferengpässe bei wichtigen Vorprodukten sowie Preissteigerungen bei Rohstoffen und Energie auf breiter Front. Das geht aus einer Auswertung des Industrie- und Handelskammertags (DIHK) vom August 2021 unter knapp 3.000 deutschen Unternehmen im In- und Ausland hervor. Demnach können 42 Prozent der Firmen bestehende Aufträge nicht mehr abarbeiten. 17 Prozent müssen neue Aufträge gänzlich ablehnen. Ein Viertel der Unternehmen meldete aufgrund von Lieferschwierigkeiten, die Produktion drosseln oder sogar stoppen zu müssen. 43 Prozent der befragten Betriebe rechnen mit Umsatzausfällen.

Die Corona-Pandemie ist also längst nicht ausgestanden. Die Deutsche Bundesbank gibt sich in ihrem Monatsbericht vom August deshalb vorsichtig optimistisch und notiert, „dass eine rasche Ausbreitung der Delta-Variante zu neuen Einschränkungen und Rückschlägen im Erholungsprozess auch für die Industrieländer führen könnte“.

Die politischen Entscheidungsträger sind sich der Gefahr vermehrter Unternehmenspleiten bewusst und haben laut BMWi Ausfälle bereits eingepreist. „Aufgrund der langen Kreditlaufzeit von bis zu zehn Jahren und der großen Abhängigkeit der Unternehmensinsolvenzen von der generellen wirtschaftlichen Entwicklung ist eine belastbare Schätzung der Gesamtausfallraten für den KfW-Schnellkredit nicht möglich“, heißt es aus dem Ministerium. Grundsätzlich setze der Bund entsprechende Mittel für mögliche Aus-

fälle im KfW-Sonderprogramm im jeweiligen Bundeshaushalt an. „Unter Berücksichtigung der makroökonomischen Lage und weiterer Parameter werden die erwarteten Ausfälle jährlich im Rahmen des Haushaltsverfahrens geschätzt“, so das BMWi.

Die Spreu vom Weizen trennen

Die deutschen Förderinstitute und mit ihnen die durchleitenden Hausbanken sind wichtige Impulsgeber sowie Wachstumstreiber für die digitale und nachhaltige Transformation der Wirtschaft. Auch nach Corona werden viele Unternehmen auf Unterstützung angewiesen sein. Und genau hier kommen die KfW und die anderen Förderbanken ins Spiel, da sie die wohl wichtigste Stütze für eine funktionierende Start-up-Kultur sind und beim Wiederaufleben der Konjunktur nach der Corona-Krise helfen. Dennoch müssen Fördergeber auch den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln beachten. Darauf weist das BMWi eindringlich hin.

Einer wirtschaftlich sinnvollen und nachhaltigen Verteilung der Fördergelder zuträglich ist das Hausbanken-Modell. Schließlich können Geldhäuser vor Ort am besten beurteilen, wie es um ihre jeweiligen Firmenkunden bestellt ist. An-

fragen von Firmenkunden, die künftig zu wenig Cashflow generieren sollten, um den Kapitaldienst bestreiten zu können, sind daher auch abzulehnen. Dies geben die einschlägigen Vergaberichtlinien vor und tragen damit ganz wesentlich dazu bei, dass die deutsche Volkswirtschaft stabil und stark bleibt. ■

Autorin

Carmen Mausbach

ist freie Wirtschaftsjournalistin in Niederkassel.

Springer Professional

Förderbanken

Markus Knüferrmann: Wirtschaftspolitische Interventionsmöglichkeiten ins ökonomische Geschehen, in: Wirtschaftspolitisches Wissen für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Wiesbaden 2021
www.springerprofessional.de/link/19631754

»Locker in die Prüfung!
Mit der Bankfachklasse erreiche ich mein Ziel.«

Das neue eLearning – überall zu jeder Zeit.

Fit durch das neue eLearning der Bankfachklasse mit über 900 Übungsaufgaben – als Bankazubi jederzeit aktuell informiert sein und optimal vorbereitet auf die Prüfung. Die drei Bausteine der Bankfachklasse ermöglichen den flexiblen Zugriff auf alle Lerneinheiten, wo und wann immer du sie brauchst. Nutze den Vorteil des Abonnements als Printversion und eMagazin, dem kostenlosen Zugang zu den wichtigsten Kursen durch das eLearning und der umfangreichen Wissensdatenbank des PDF-Archivs.

► Content Update: 1.967 Artikel und 157 Ausgaben abrufbar!

bankfachklasse.de